

**24. Antrag der Fraktion B 90/Die Grünen betr. Marl ruft den Klimanotstand aus (Vorlagen-Nr. 2019/0186)**

**25. Gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD und DIE LINKE. betreffend Marler Klimaschutz gemeinsam gestalten (Vorlagen-Nr. 2019/0204)**

**25.a Anregung des Herrn Schmidt nach § 24 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen über die Unterstützung der Resolution zur Ausrufung des Klimanotstandes (Vorlagen-Nr. 2019/0205)**

**25.b Anregung der Frau Dreier und des Herrn Dr. Ermisch nach § 24 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen über die Unterstützung der Resolution zur Ausrufung des Klimanotstandes (Vorlagen-Nr. 2019/0207)**

Die Tagesordnungspunkte 24, 25, 25 a und 25 b werden gemeinsam behandelt.

Herr Sandkühler erläutert den Antrag der Fraktion B 90/Die Grünen ergänzend.

Herr Nickholz und Frau Fleisch erläutern den gemeinsamen Antrag der Fraktionen SPD und DIE LINKE ergänzend.

Herr Westermann wirbt dafür, den beiden Bürgeranträgen zuzustimmen. Die Klimanotstandinitiative berufe sich darauf, dass Bürger den Klimanotstand in ihren Städten fordere. Er fände es schön, wenn man darüber beschließen könnte. Nichtsdestotrotz würde er den Punkten 3 und 4 des Antrags von SPD und LINKEN zustimmen.

Herr Alinaghi betont, dass die UBP schon immer für ein ausgewogenes Verhältnis von Ökologie und Ökonomie gewesen sei. Und zwar in der Art, dass man so viele ökologische Maßnahmen wie möglich umsetze, ohne das ökonomisch notwendige zu gefährden. Alle Parteien würden sich seit Jahren mit dem Thema Umweltschutz beschäftigen und jeder sei sich seiner politischen Verantwortung bewusst. Man erlebe momentan Populismus in seiner reinsten Form. Man spiele nicht nur mit den Ängsten der Menschen, sondern schüre sie ganz bewusst, in dem man so tue, als würde morgen die Welt untergehen. Man könne sich als Stadt Marl nicht leisten durch die panische und überzogene Ausrufung eines Klimanotstandes Arbeitsplätze und Investitionen in die Zukunft zu gefährden.

Herr Heinze merkt an, dass er dem Antrag von SPD und LINKEN zustimmen könnte, wenn dieser nicht den Begriff Ausrufung des Klimanotstandes beinhalten würde. An die Ausrufung des Klimanotstandes seien konkrete Bedingungen geknüpft, die den Bürgeranregungen zu entnehmen seien. Es gebe keine objektiven Maßstäbe für die Bewertung von Klimaschädlichkeit, daher liege die Messbarkeit ausschließlich im Auge des Betrachters. Wenn man zukünftig Arbeitsplätze, Sicherheit, Infrastruktur, Zukunftsfähigkeit, Digitalisierung, E-Mobilität der Frage unterordne, ob das Weglassen dieser Aktivitäten CO<sub>2</sub>-Verbrauch verringere, nehme man sich damit eine Menge an

Gestaltungsmöglichkeiten für die Kommune. Er möchte Klimaschutz und sehe ein, dass es Handlungsbedarfe gebe, trotzdem wolle er Energie bezahlbar halten und prosperierende Industriearbeitsplätze in der Region. Die Politik sei nun dazu aufgerufen, ständig abzuwägen. Es wäre nicht richtig, generell alles dem Thema Klimaschutz unterzuordnen.

Herr Großer übernimmt zwischenzeitlich die Sitzungsleitung.

Herr Dechert erklärt, dass in den letzten Jahren sehr viele große, alte Bäume in Marl gefällt worden seien. Dann heute von Klimanotstand zu sprechen, sei üble Täuschung.

Herr Sandkühler bittet darum, dass Thema ohne persönliche Aggressionen zu Ende zu bringen, da grundsätzlich großer Konsens zu herrschen scheine.

Herr Terhorst merkt an, dass die CDU das Thema unterstützen werde. Man könne über den Begriff Klimanotstand sicherlich diskutieren, ob dieser zu drastisch sei, besser fände er Klimavorbehalt. Im Stadtplanungsausschuss sei gesagt worden, es gebe noch gar keine festgelegten Kriterien, die zu beachten seien. Daher beantragt er, dass die Verwaltung verbindliche Kriterien für die Ermittlungen der klimatischen Auswirkungen festlege und zur nächsten Ratssitzung vorstelle. Erstmal handele es sich um einen symbolischen Akt, danach müsse man aber konkreter werden.

Herr Wenzel erklärt, dass er nicht der Meinung sei, dass Klimanotstand ein zu großer Begriff sei. Er wisse, dass durch die Ausrufung des Klimanotstandes in Marl nicht weniger CO<sub>2</sub> in die Luft geblasen werde. Aber jeder einzelne könne sich an die Nase fassen und überlegen, wie er es schaffen könne, den Klimanotstand zu reduzieren. Es sei wichtig, ein Signal zu setzen und zu schauen, wie man nicht nur privat, sondern auch als Kommune entsprechende Maßnahmen ergreifen könne. Er bittet um Zustimmung zur Ausrufung des Klimanotstandes.

Bürgermeister Arndt übernimmt wieder die Sitzungsleitung.

Herr Vogel weist darauf hin, dass die ältere Generation mit dem Begriff Notstand etwas ganz anderes verbinde. Den Begriff Klimanotstand müsse man anders verstehen. In Münster sei es so formuliert worden, dass man den Klimawandel als menschengemacht anerkenne und die bisherigen Maßnahmen zum Klimaschutz verstärkt werden. Hierzu müssten sich Rat und Verwaltung verpflichten und die Bürger mitnehmen. Ebenso müsse man den Beschluss für Marl sehen. Im Energiebeirat seien jährlich Klimaschutzmaßnahmen beschlossen worden. Der heutige Beschluss sage lediglich aus, dass man noch mehr tun müsse.

Bürgermeister Arndt ermahnt Herrn Alinaghi aufgrund eines Zwischenrufes.

Herr Kolk merkt an, dass die SPD den Klimanotstand fordere, aber bei Anträgen wie dem Kaffeebecher oder den begrünnten Vorgärten auf die Bremse trete. Gerade dies seien Beispiele für kleine Maßnahmen, die der Rat beschließen könne.

Herr Großer teilt mit, dass er vor kurzem eine Ausstellung eröffnet habe, die zeige, dass es kleine Maßnahmen seien, die helfen würden. Man müsse die Bevölkerung aufklären und dazu aufrufen, mitzumachen. Man könne nur vor Ort etwas tun und er appelliere an den Rat, sich nicht zu bekriegen, sondern einfach zu machen.

Bürgermeister Arndt erläutert, dass er persönlich den Antrag von SPD und DIE LINKE favorisiere, da er einen sehr basisdemokratischen Ansatz habe. Er sage, dass man die Richtung vorgeben müsse, aber die Ausprägungen des Weges gemeinsam miteinander finden müsse. Ihn habe die Demonstration der Schüler „Fridays for future“ sehr beeindruckt. Er habe den jungen Leuten geglaubt, dass es deren ernsthaftes Anliegen sei, daher habe er den Schülern versprochen eine Schülerklimakonferenz zu organisieren. Diese werde im Juni mit den unterschiedlichsten Gruppen stattfinden.

Herr Nickholz führt aus, dass er in seiner Antragserläuterung einen Blick in die Vergangenheit geworfen habe, weil er es für wichtig erachte, was bereits zu dem Thema gemacht worden sei. Das Klimaschutzkonzept sei eine wichtige Grundlage für die jetzige Diskussion, da es im gemeinsamen Antrag darum gehe, dieses weiterzuentwickeln. Das Ansinnen des Klimanotstandes sei es, festzustellen, dass der Klimawandel menschengemacht sei, dass die in Umsetzung befindlichen Maßnahmen nicht ausreichen und dass man mehr tun müsse.

Herr Wenzel weist darauf hin, dass nicht die SPD auf der Bremse stehe, wie Herr Kolk behaupte. Er habe bei der Diskussion um den Kaffeebecher eindeutig gesagt, dass die SPD dafür sei. Hinsichtlich der begrünten Vorgärten erinnere er an die Worte des Bürgermeisters, der gesagt habe, man müsse Freiwilligkeit provozieren und um die Menschen werben. Beim Thema Klimanotstand seien alle beteiligt, daher müsse man alle an einen Tisch bekommen.

Herr Westermann betont, dass man im Kleinen, also jeder einzelne privat, aber auch die Kommune versuchen müsse, etwas zu ändern. In der Bürgeranregung laute die Formulierung: „Wenn immer möglich, jene Entscheidungen prioritär behandeln, welche den Klimawandel oder dessen Folgen abschwäche.“ Generell müssten in Abwägungsprozessen die klimatischen Bedingungen mit bedacht werden und dann ggfls. berücksichtigt werden. Darum gehe es in der Bürgeranregung. Dem könne man zustimmen.

Herr Dargel merkt an, dass es früher ganz andere Klimabelastungen in Marl gegeben habe. Trotzdem seien die Anträge richtig, da man nicht nur Marl betrachten müsse. Aber man müsse auch an Arbeitsplätze denken und an die Bezahlbarkeit der geplanten Maßnahmen. Zum Beispiel der Nahverkehr werde durch die geplante Einführung der Wasserstoffbusse teurer als bisher.

Bürgermeister Arndt erklärt, dass er Herrn Dr. Heemeyer um Einschätzung gebeten habe, welcher der weitergehende Antrag sei. Dieser habe den gemeinsamen Antrag von SPD und DIE LINKE als weitergehend identifiziert, da er auch die Bürgerbeteiligung beinhalte. Es gebe einen Änderungsantrag, die rechtlichen Hintergründe und Kriterien des Klimanotstandes darzulegen, über den vorher abgestimmt werden müsse, es sei denn, die Antragssteller würden den Passus mit aufnehmen.

Die Antragsteller erklären ihr Einverständnis, den Antrag um die Bitte um rechtliche Einschätzung zu ergänzen.

Herr Terhorst erklärt, dass es im Stadtplanungsausschuss die Aussage gegeben habe, dass es noch keine Kriterien gebe, wie man die klimatischen Auswirkungen festlegen möchte. Daher sollte der Antrag ergänzt werden: Die Verwaltung solle bis zur nächsten Ratssitzung einen Vorschlag unterbreiten, welche Kriterien das sein sollen.

Herr Göddenhenrich fragt, woran es festgemacht werde, welcher Antrag der weitergehende sei. Er werde das Vorgehen von der KPV prüfen lassen.

Bürgermeister Arndt merkt an, dass die Gründe erläutert worden seien und im Zweifel der Sitzungsleiter entscheide.

Der Rat beschließt bei einer Gegenstimme und 2 Enthaltungen:

1. Der Rat der Stadt Marl ruft den „Klimanotstand“ für Marl aus.
2. Für alle zukünftigen Entscheidungen in Rat und Verwaltung werden die Auswirkungen auf Klima und Umwelt berücksichtigt.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, anknüpfend an die Jugend-Klimakonferenz der Stadt Marl weitere Klima-Veranstaltungen für alle Marlerinnen und Marler zu organisieren.
4. Die Verwaltung stellt die bisherigen Klimaschutzaktivitäten im Stadtplanungsausschuss und im Rat dar und zeigt auf, wie das Klimaschutzkonzept der Stadt Marl in einer breiten Bürgerbeteiligung weiterentwickelt werden kann.
5. Die Verwaltung stellt die rechtlichen Hintergründe des Klimanotstandes dar und unterbreitet bis zur nächsten Ratssitzung einen Vorschlag, welche Kriterien es geben soll, um die klimatischen Auswirkungen festzulegen.

Bürgermeister Arndt erklärt, dass die beiden Bürgeranregungen mit dem positiven Beschluss erledigt seien.